

Rote Hilfe



Vorwärts und nicht vergessen, worin unsere Stärke besteht, beim Hungern und beim Essen, vorwärts, nie vergessen, die **SOLIDARITÄT!**

SPENDET!

Eure Groschen für die Rote Hilfe

Der Justizterror gegen Revolutionäre hat eine neue Stufe erreicht. 58 Monate Gefängnis wurden allein im Dezember in politischen Prozessen verhängt. Betroffen sind Redakteure revolutionärer Zeitungen und Flugblätter, Teilnehmer an ant imperialistischen Demonstrationen, ja sogar ein Buchhändler, der eine Ausgabe des „Roten Morgen“, Zentralorgan der KPD/ML, in seinem Schaufenster ausgehängt hatte, die beschlagnahmt wurde.

Seht euch die Zahlen auf dieser Seite, die Berichte und Bilder auf den Seiten 3 und 4 an. Die Zahl der politischen Prozesse, die Höhe der Geldstrafen und erst recht der Prozeßkosten sind schon im letzten Jahr in schwindelerregende Höhen gestiegen. 100000 DM Prozeßkosten im „Vietnam“-Prozeß Köln!

Und was kommt auf uns zu! Im Frühjahr sollen zum Beispiel die Prozesse gegen den Verleger und die ehemalige verantwortliche Redakteurin des „Roten Morgen“, Gernot Schubert und Karin Wagner, stattfinden. Gegen sie sind bereits 19000 DM Geldstrafen in Strafbefehlen verhängt worden. Welche Strafe will die bürgerliche Klassenjustiz gegen diese beiden Kommunisten aussprechen, wenn sie den Presseverantwortlichen der Roten Hilfe, Michael Banos, schon allein wegen einiger Flugblätter, gegen die Strafbefehle in Höhe von 7100 DM vorlagen, zu 7 Monaten Gefängnis (mit Bewährung) verurteilte?

Jeder Pfennig, jede Mark wird gebraucht. Spendet Geld in die Sammelbüchsen der Roten Helfer, wenn sie von Haus zu Haus gehen, wenn sie in ihrer Nachbarschaft, an der Arbeitsstelle, in Gaststätten und Läden sammeln. Die Rote Hilfe wird auch Flohmärkte, Basare und Versteigerungen, Altpapiersammlungen, Arbeitseinsätze und Blutspenden organisieren. Unterstützt auch diese Arbeit der Roten Hilfe! Jede Sachspende hilft den politisch Verfolgten!

Darum ruft die Rote Hilfe Deutschlands auf:

Spendet für die Prozesshilfe!

Aber hinter den revolutionären Organisationen und ihrer Presse stehen keine millionenschweren Geldsäcke wie hinter Axel Springer und auch nicht die Rubel der Kreml-Herren wie hinter der „UZ“ der D., K„P. Die Redakteure der revolutionären Presse arbeiten meist ehrenamtlich. Im Hauptberuf sind sie Arbeiter und Werk tätige wie wir alle oder sie verdienen bei ihrer Redaktionsarbeit nicht mehr als einen Arbeiterlohn. Wie sollen sie, die oft Frau und Kinder zu ernähren haben, jemals die hohen Geldstrafen und Prozeßkosten aufbringen? Bringen sie nicht auf, droht auch denen, die „nur“ zu Geldstrafen verurteilt wurden, das Gefängnis.



Am 18. 12. 75 wurde Genosse Heinz Baron verhaftet. Morgens um 5 Uhr holten ihn zwei Polizisten in Zivil aus seiner Wohnung, um nur ja nicht das Aufsehen der Nachbarn zu erregen. Noch kurz vor Weihnachten wurde er von seiner Frau, seinen Eltern und Freunden getrennt und für 16 Monate ins Gefängnis gesteckt. Zu dieser Strafe wurde er verurteilt, weil er am Roten Antikriegstag 1972 trotz Verbot mit der KPD/ML gegen den imperialistischen Krieg demonstriert hatte. Aus dem gleichen Grund mußte bereits Peter Bayer im Gefängnis sitzen, Bernd Reisser, Hubert Lehmann, Sascha Haschemi und Georg Schmidt sind noch in Haft.

Schreibt an Heinz Baron: 44 Münster, JVA.



Seit dem 6. Dezember ist bürgerliche Klassenjustiz Genosse Sascha Haschemi hatte an dem jungen Kommunisten einen Schreibtisch wenige Tage zuvor konnte er in Untersuchungshaft. Erst in das faschistische Persien nachdem durch eine abschieben wollte. Über breite Solidarität seine Einbürgerung als Deutscher erzwungen worden war. Die

Einbürgerungskämpfte war.

Nun ist er schon wieder von seinen Freunden, von seiner Mutter getrennt, gegen ihn lag ein Haftbefehl vor, weil er an der Demonstration zum Roten Antikriegstag 1972 teilgenommen habe. Deswegen war er in 1. Instanz zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Urteil ist jedoch noch nicht rechtskräftig, die Berufungsverhandlung steht noch aus.

Obwohl Sascha sich selbst der Polizei gestellt hatte, wurde der Antrag auf sofortige Freilassung beim ersten Haftprüfungstermin wegen „Fluchtgefahr“ abgelehnt. Offensichtlich will sich die Bourgeoisie an Sascha rächen und ihn bis zu seinem Berufsprozeß in Haft halten. Der Termin dafür gegen diesen hinterhältigen Plan ruft die RHD zur Solidarität auf. Kämpft mit uns für die sofortige Freilassung von Sascha, schreibt ihm ins Gefängnis: Alexander Haschemi, 8 München, JVA Stadelheim.

„Bei uns gibt es keine politischen Gefangenen“, — und „Eine Zensur findet nicht statt“, sagt die Regierung. Aber:

- 70 Jahre Gefängnis ohne Bewährung für 25 Genossen und 4 1/4 Jahre mit Bewährung für 14 Genossen, allein von März bis November 1975.
- Im Dezember allein 5 Jahre Gefängnis mit Bewährung für 10 Genossen!
- 304081 DM Geldstrafen, und
- 448 Anklagen im gleichen Zeitraum, der weit überwiegende Teil gegen Redakteure revolutionärer Schriften.

Spendet auf das Konto der RHD: Stadtparkasse Gelsenkirchen, Nr. 122 001 729, Held.

Werde Mitglied in der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS

Wenn Du mit einem monatlichen Mitgliedsbeitrag von 2 DM die Sache der Solidarität unterstützen willst, dann tritt ein in die Rote Hilfe Deutschlands! Die Rote Hilfe unterstützt die Arbeiter und Werk tätigen, die im Kampf für die Freiheit ihrer Ungeheueren Ausbeutung und Unterdrückung vom Klassenkampf verfolgt werden; sie übt ungeteilte Solidarität mit den Revolutionären und Kommunisten. Wir fragen auch Dich nicht nach Verband und Partei — wenn Du Dich über das Unrecht empörst, das der Machtapparat des Kapitals an den Werk tätigen und ihren Kämpfern verübt, wenn Du den politisch Verfolgten helfen willst — dann gehörst Du zu uns.

MACH DIE ROTE HILFE STARK!

Gegen die wütenden Angriffe der Bürger

Terror im Gericht

Die Wahrheit wird unterdrückt

Prozesse ohne die Angeklagten, hinter verschlossenen Türen ohne Öffentlichkeit, gibt es das nur in Spanien oder als „Ausnahme“ im Prozeß gegen die RAF? „Jeder hat das Recht, sich zu verteidigen“, „Im Zweifel für den Angeklagten“, so lauten die frommen Sprüche des Grundgesetzes. Die Wirklichkeit beweist aber, was davon zu halten ist. In Köln findet zur Zeit ein Prozeß gegen 4 türkische Patrioten statt. Sie sind angeklagt, weil sie den antifaschistischen Kampf in der Türkei von der BRD aus unterstützt haben sollen.

3 der 4 angeklagten Genossen wurden bis zur Urteilsverkündung ausgeschlossen. Einer von ihnen, Mustafa Tutkun, darf nicht mal bei der Urteilsverkündung anwesend sein. Sieht so das Recht auf die Verteidigung aus?

Wer sich verteidigt, der benennt Zeugen, je mehr Zeugen aber die angeklagten Genossen benennen, umso teurer wird die Sache. Allein im Kölner Prozeß gegen 7 Teilnehmer einer Vietnamdemonstration wurden den verurteilten Genossen 60000 DM Prozeßkosten auferlegt, dazu kommen noch die Anwaltskosten. Durch finanzielle Ruinierung soll die Verteidigung unterbunden werden.

Und wie steht es mit der „Öffentlichkeit“? Sie wird entweder ausgeschlossen oder jeder Zuschauer muß seinen Paß abgeben, wie neuerdings bei Prozessen in Dortmund oder Köln. Beliebig verhängt die Justiz Ordnungsstrafen: 129 Tage allein im Kölner Prozeß gegen 7 Antifaschisten, die die Nazis aus dem Arbeiterviertel Nippes vertrieben hatten. 50 Tage im Bonner Prozeß gegen die Teilnehmer der Demonstration gegen den Kriegsverbrecher Hirohito.

Wie es heute in den Gerichtssälen zugeht, das zeigt der Bericht einer Roten Helferin aus Duisburg vom Prozeß gegen Bernhard Kohnke, Martin und Maicke Tuschen, die Zeugen der Ermordung des Genossen Günter Routhier sind.

»Das Gericht selber geht mit weitaus größerem Terror als zuvor gegen die Genos-

sen vor. Ständig wird ihnen das Wort entzogen, massiv wird von Anfang an mit der Anwendung des §131 a, mit dem Ausschluß gedroht. Für jedes Wort, das die Klassenjustiz entlarvt, hunderte Mark an Ordnungsstrafen (3 800 bis jetzt), 800 DM Ordnungsstrafe, als das Gericht als „Sondergericht“ bezeichnet wird, 800 DM für den Satz „Das Gericht will die Wahrheit nicht hören.“ Als Bernhard Kohnke seine letzte Ordnungsstrafe als „Terrorstrafe“ bezeichnet, wollte das Gericht ihn endgültig von der Verhandlung ausschließen. Als aber selbst der Staatsanwalt die Anwendung des §131 a hier noch nicht als angebracht ansah, machte das Gericht einen Rückzieher. Es lauerte aber weiterhin auf eine Gelegenheit und bereits 1/2 Stunde später ist Bernhard endgültig ausgeschlossen. Sein Verhalten würde die Fortführung der Verhandlung unmöglich machen. Bernhard hatte angesichts des unverschämten Auftretens eines Polizei„zeugen“ halblaut zu Maicke bemerkt: „Wann kommt endlich der Tag, wann wir mit ihnen abrechnen“?

Drei neugewonnene Rote Helfer der Ortsgruppe Duisburg, die zum ersten Mal bei einem Prozeß waren, hatten nicht erwartet, daß das Gericht so offen seine faschistische Gesinnung zeigen würde. Ein einziger Prozeßtag hatte ihre Erkenntnisse über diesen Staat, aber vor allem auch ihren Klassenhaß und ihre Kampfbereitschaft verstärkt.«

Allein im letzten Monat

MICHAEL BANOS

Michael zeichnete für die Flugblätter und die Zeitung der Roten Hilfe verantwortlich. Vor allem die Verbreitung der Wahrheit über den Polizeimord an Genossen Günter in Duisburg und über die Isolationsfolter in den Gefängnissen war der Bourgeoisie ein Dorn im Auge.

Urteil: 7 Monate Gefängnis auf 3 Jahre Bewährung und 900 DM Geldstrafe.

BERNHARD KOHNKE, MAICKE UND MARTIN TUSCHEN

Bernhard Kohnke, Maicke und Martin Tuschen. Alle 3 waren Zeugen des Polizeimordes an Genossen Günter Routhier. Sie halfen mit, die Wahrheit zu verbreiten.

Urteil: 12000 DM Strafe zusammen, dazu 3800 DM Ordnungsstrafen bis zum vorletzten Prozeßtag.

Erich Weinert

Winterhilfe

... und würden sich Frau Geheimrat erbarmen. Ein Scherflein für die Innere Mission? Winterhilfe für unsere Armen!“

„Herr Pastor, ich habe gestern schon 5 Mark durch Postscheck überwiesen! Mehr kann ich nicht — wir leben in Krisen! Mein Mann hat doch an der Bank Verluste! Statt drei Wagen haben wir nur noch zwei. Sie wissen, daß er in der Färberei Wieder 300 Frauen entlassen mußte. Er mußte eben an den Löhnen sparen; Sonst könnten wir nicht mal nach Nizza fahren! Und in unserer Vierwaldstätter Villa Werden wir wohl auch nicht mehr lange leben! Ja, Herr Pastor, es geht uns grauer als lila! Mehr können wir wirklich dies Jahr nicht geben!“

„Ja, das sehe ich ein! Die Not ist eben heute fürchterlich! Aber Gott wird auch fürder mit Ihnen sein! Einen Gruß Herrn Geheimrat! Empfehle mich!“

„Gutnabend, Genossin! Is Karl zu Haus?“

„Der trägt eben für Max en paar Zeitungen aus! Wir haben morgen noch nischt im Topp. 5 Groschen werden se ihm woll dafür geben. Jeden Abend zerbrech ick mir den Kopp: Wovon solln wir bloß den nächsten Tag leben?“

„Ick weeiß, Genossin! Uns hilft ooch keener. Aber denk mal an die, die et noch schlimmer geht. In Nummer zwölf, da wohnte eener, Der hat heute früh den Gas uffgedreht. Den hat die ‚Winterhilfe‘ ooch nich erwischt! Ick hab hier ne Rote-Hilfe-Liste! Kennste schon? Proletarische Winterhilfsaktion! Aber ihr habt ja ooch selber nischt!“

„Doch, Genosse! Zwee Groschen hab ick noch hier! Schreib mal: Zehn Pfennge von Grete Pannier. Uff den Groschen kann ick nur ooch noch verzichten. Ick wer schon versuchen, mir inzurichten! Bei uns verhungert keen Prolet! Denn teilen wir eben, so gut es geht!“



HANFRIED BRENNER

Hanfried war für verschiedene Flugblätter und Betriebszeitungen der KPD/ML verantwortlich. In ihnen wurde die Wahrheit über die Ermordung des Genossen Günter verbreitet. Urteil: 12000 DM Geldstrafe, ersatzweise 400 Tage Haft.

MARTIN PELEIKIS

Martin war presserechtlich verantwortlich für ein Flugblatt, in dem die KPD/ML die Soldaten zum revolutionären Kampf in der Bundeswehr aufrief, gegen Kadavergehorsam, Drill und Schikane.

Urteil: 7 Monate Gefängnis ohne Bewährung.

7 GENOSSEN DER GRF

Im Dezember 1972 demonstrierte die GRF (KPD) gegen den Völkermord in Vietnam. Dabei kam es zu schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei, bei denen die 7 Angeklagten festgenommen wurden.

Urteil insgesamt: 37 Monate Gefängnis auf Bewährung, Zahlung von ca. 60000 DM Prozeßkosten.

RAINER JUNCK

Rainer Junck wurde zu 7 Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt, weil im Buchladen „Roter Morgen“ in München der „Rote Morgen“ Nr. 25/74 ausgehängt war, in dem über den Mord an Günter und über dessen Vermächtnis berichtet wurde. Diese Nummer war beschlagnahmt, wovon Rainer Junck allerdings nichts wußte. Der Buchladen ist auf Rainers Namen eingetragen.

WIE KANNST DU HELFEN? Unterstütze die Sammlungen der Sachspenden. Spende auf das Konto der RHD: Stadt Kto.Nr. 122 001 729, Held. Werde Mitglied in der Roten Hilfe. Unterstütze die angeklagten Klassenbrüder durch deine Spenden und erzähle weiter, was du im Gerichtssaal erfahren hast. Unterstütze die Gefangenen und ihren Angehörigen. Abonniere die Zeitung der Roten Hilfe. Berichte der Redaktion über die Unterdrückung hörst. Besuche die Stammtische der RHD. **SOLIDARISCH**

Keine Niedertracht

Marianne Mann Georg Schmidt sitzt seit einem halben Jahr im Gefängnis, weil er am 1. September 1972 trotz Verbot mit der KPD/ML gegen den imperialistischen Krieg demonstriert hat. Er wurde am 15. Juli abends in seiner Wohnung verhaftet. Marianne hatte gerade eine Besorgung zu erledigen. Als sie nach Hause kam, fand sie ihre Nachbarin aufgeregt vor der Tür zur Wohnung, in der das drei Monate alte Töchterchen von Georg und Marianne hilflos alleine lag. Die Polizisten hatten der Nachbarin den Schlüssel verweigert. Georg hatte seiner Frau noch nicht einmal eine Nachricht hinterlassen dürfen.

Aber nicht genug damit, daß Marianne — sie ist Lehrerin an einer Sonderschule für lernbehinderte Kinder — nun ihr Baby allein ernähren und großziehen muß. Der Unterdrückerstaat scheut sich nicht, ihr und ihrem Kind auch noch den Lebensunterhalt zu nehmen. Er bedroht Marianne mit dem Berufsverbot. Ab Februar, wenn sie ihre 2. Staatsprüfung abgelegt hat, soll sie nicht mehr unterrichten dürfen. Dann soll sie

...um

Keine Niedertracht ist der Kapitalistenklasse zu schäbig, um die politischen Gefangenen noch zusätzlich zu Schloß und Riegel fertigzumachen. So ging nach der Verhaftung von Bernd Reisser Polizei in seiner Nachbarschaft von Haus zu Haus, um überall den Bernd als „kriminelles Element“ zu verleumden. Sie schafften es auf diese Weise sogar, daß von den Nachbarn Unterschriften gesammelt wurden mit der Forderung,

lichen Klassenjustiz...

ARZ BIS NOVEMBER
ALLEIN IM DEZEMBER

HILFEN REVOLUTIONÄRE



Kurzgeschichte von A. Gabor Der Mann, der es bedauert

Berlin, Anfang März 1930

In Januar gab es provozierende Stahlhelmaufmärsche in Neukölln; die Arbeiter demonstrierten dagegen. Nach der Anklageschrift nahmen die Massen „eine drohende Haltung“ ein. Nicht die Stahlhelmmassen selbstverständlich, auch nicht die Polizeimassen. Die Arbeitermassen. Die Polizei war „zum energischen Eingreifen gezwungen“. Gegen dieses energische Eingreifen der Polizei leistete der Angeklagte „Widerstand“.

Inwiefern?
Er nahm einen Stein und schleuderte ihn gegen die Polizisten. Traf er mit dem Stein einen Polizisten? Nein. Verwundete er einen? Nein. Traf der Stein überhaupt? Nein. Wurde der Angeklagte infolgedessen freigesprochen? Nein. Im Gegenteil: er bekam vom Neuköllner Schöffengericht acht Monate Gefängnis, wegen „schweren Aufruhrs“.

Der Angeklagte. Ein zusammengeschrumpfter, abgearbeiteter Prolet, keine drohende Erscheinung. Er gehört keiner politischen Partei, auch keiner Arbeiterorganisation an. Er ist einfach ein Arbeiter. Staatsanwalt und Vorsitzender hacken auf ihn wie Aasgeier ein, sie lesen Protokolle vor, die nicht ein einziges wahres Wort enthalten, die Zeugen in Polizeiuniform stehen da und lügen das Blaue vom Himmel herunter. Der kleine Arbeiter kann wirklich keine hohe Meinung von dieser Justizmaschine bekommen, die mit solchen Mitteln gegen ihn vorgeht. Er verliert aber keinen Augenblick die Haltung und die Nerven.

Man will schnell mit ihm fertig werden.
„Eigentlich ist die Verhandlung überflüssig“, sagt der Richter sarkastisch, „da Sie doch alles leugnen werden. Das kennen wir schon.“

„Ich werde nichts leugnen, was ich wirklich getan habe. Die Verhandlung scheint aber tatsächlich überflüssig zu sein, da das Gericht mich anscheinend auf alle Fälle verurteilen will.“
Der Richter bäumt sich auf, erteilt eine Rüge. Der Arbeiter bleibt ruhig.

„Sie leugneten bereits, daß Sie Kommunist und Rotfrontler sind.“

„Ich leugnete es nicht. Ich erklärte nur, weder das eine noch das andere zu sein, da ich es nicht bin. „Wär ich's, ich wäre stolz darauf.“

Der Vorsitzende mit „vernichtendem Hohn“:
„Sooo?“

Der Arbeiter mit unerschütterlicher Ruhe:
„Jaaa.“

Der Vorsitzende im vorhinein triumphierend:
„Daß Sie aber einen Stein gegen die Polizisten geworfen haben, das leugnen Sie selbstverständlich?“

„Durchaus nicht. Als ich sah, wie wild und unmenschlich die Herren, die jetzt hier als Zeugen und nicht als Angeklagte anwesend sind, auf Frauen und Jugendliche einhieben, nahm ich einen Stein und schleuderte ihn gegen sie.“

„Sie sind also zur Demonstration gegangen, um gegebenenfalls auch Steine gegen Polizisten zu werfen?“

„Ich bin gar nicht hingegangen, ich hatte mit der Demonstration nichts zu tun, weiß auch nicht, ob eine Demonstration stattgefunden hat,

ich ging nur meines Weges über den Hermannplatz, sah, was die Herren Polizisten dort aufführten, und schleuderte einen Stein.“

„Warum taten Sie das?“
„Weil ich nicht zusehen kann, daß bewaffnete Männer — und diese Herren waren sehr gut bewaffnet — unbewaffnete Frauen und Halbwüchsige mit Gummiknüppeln auf das Pflaster hinstrecken und noch mit Fußtritten bearbeiten.“
„Das sind Lügen.“

„Für Sie, Herr Richter, der Sie hier sitzen und es nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Das ist Ihre Sache, für mich, der ich es mit den eigenen Augen gesehen habe, war es die heilige Wahrheit. Darum warf ich doch den Stein.“

Jetzt kommen die Fragen an die Polizisten, ob der Stein jemanden von ihnen getroffen hätte. Sie müssen zugeben, daß der Stein keinen von ihnen getroffen hat.

Peinliche Stille. Der Angeklagte sagt: „Es tut mir wirklich leid.“

Der Vorsitzende greift das Wort auf, er meint, der Arbeiter will zu Kreuze kriechen: „Sie bedauern also, den Stein geworfen zu haben?“

„Nein“, sagt der Arbeiter, ohne die Stimme zu erheben, „ich bedaure, daß der Stein, den ich geworfen hab, nicht traf.“

Die Köpfe der Richter werden rot. Mit blitzenden Augen fragt der Vorsitzende noch einmal: „Und Sie geben vor, kein Kommunist zu sein? Sie behaupten es auch weiterhin?“

„Ich behaupte, daß ich kein Kommunist bin, ich behaupte, daß ich einen Stein gegen die Polizisten geschleudert habe, und ich behaupte, daß es mir außerordentlich leid tut, daß der Stein nicht getroffen hat.“

Dem Mann ist nicht zu helfen: „Haben Sie noch etwas zu erklären?“

„Ja, ich will noch erklären, daß ich mich als Arbeiter schämen würde, wenn ich die Niederknüppelung von Arbeiterfrauen und Jungen mit angesehen und dagegen nicht mit einem Steinwurf protestiert hätte.“

Acht Monate.

st ihnen zu schäbig...

nach dem Willen des Regierungspräsidenten bei der Fürsorge für sich und ihr Baby ein Almosen erbetteln müssen. Für Schorsch bedeutet das zusätzlich zu dem schweren Leben im Gefängnis noch die drückende Sorge um Frau und Kind. Die Rote Hilfe muß und wird ihm diese Sorge nehmen!
Die Adresse von Marianne Schmidt: 6 Frankfurt/M. 60, Wittelsbacher Allee 113.

Was es bedeutet, den Schergen der bürgerlichen Klassenjustiz ausgeliefert zu sein, bekam vor kurzem Horst Mahler in aller Härte zu spüren. Zu 12 Jahren hat man ihn verurteilt, ohne jeden Beweis, allein aufgrund seiner revolutionären Gesinnung. Als nun vor kurzem seine Mutter im Sterben lag, stellte er den Antrag, sie noch einmal besuchen zu dürfen. Der Antrag wurde kaltblütig abgelehnt. Das hat selbst das Hitler-Regime nicht fertiggebracht. Als der Vater von Pastor Niemöller im Sterben lag, wurde er aus dem KZ zu ihm geführt. Auch zur Beerdigung seiner Mutter durfte Horst Mahler nicht.

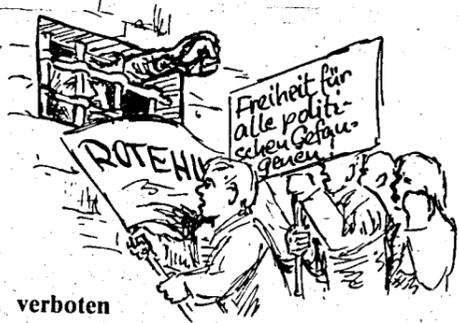
Genossen fertig zu machen

dem Bernd die Wohnung zu kündigen. Das ist dann auch passiert.

Finanziell ruiniert, hinter dicken Mauern isoliert, gesundheitlich zermürbt, belastet mit der Sorge um die Familie draußen, wenn sie rauskommen ohne Arbeit und Wohnung — das ist das Los, was die Kapitalistenklasse gerne den Kämpfern der Arbeiterklasse bescheren möchte. Daß es ihnen nicht gelingt — schafft Rote Hilfe!

Roten Hilfe durch Geld- und Sparkasse Gelsenkirchen, Deutschlands!
Teilnahme als Zuschauer
t. Schreibe den politischen
ng der RHD und gib sie an
on, wenn du von Fällen po
e und Veranstaltungen
RITÄT HILFT SIEGEN!

Das neue Gesetz- Die Solidarität soll im Keim erstickt werden



verboten

Der Terror im Gericht, die Geld- und Gefängnisstrafen, all das ist legal, durch die bestehenden Gesetze gedeckt und abgesegnet. Doch das Ziel, das die Kapitalisten damit verfolgen, unseren Kampf zum Schweigen zu bringen, haben sie nicht erreicht. Sie haben Angst vor den kommenden Klassenschlachten, die an ihrer Herr-



erlaubt

schaft rütteln werden. Mit dem 13. Strafrechtsänderungsgesetz wollen sie die Befürwortung der revolutionären Gewalt, jede

Opposition gegen diesen Staat zum Schweigen bringen. Die Solidarität mit den politisch Verfolgten wird als „Belohnung und Billigung von Straftaten“ erklärt und soll so kriminalisiert werden (vgl. RHZ-Nr. 9).

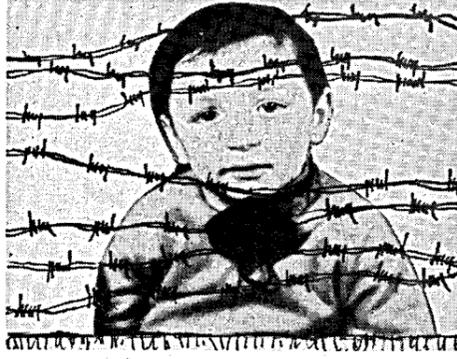
Gegen das geplante Gesetz hat der Kampf bereits begonnen. In 5 Städten fanden Demonstrationen statt. Viele Protestveranstaltungen wurden durchgeführt. Eine Initiative von Verlegern und Schriftstellern hat sich gebildet. Reiht euch ein!



Zustände wie in der DDR...

Die jetzt aus der DDR bekanntgewordenen Fälle zwangsweiser Adoption von Kindern, deren Eltern mit dem Honecker-Regime nicht einverstanden sind, zeigt, zu welcher Brutalität ein faschistisches Regime fähig ist, wenn es darum geht, Menschen fertigzumachen, die sich gegen das System auflehnen, in welcher Form auch immer. Laut „Spiegel“ Nr. 52/75 ist in einem Fall sogar einer Mutter ihr Baby 6 Tage nach der Geburt weggenommen und zu unbekannten Adoptiv-Pflegeeltern (eine Vorstufe zur Adoption) geschafft worden, weil die Mutter einen Antrag auf Ausreisegenehmigung in die Bundesrepublik gestellt hatte.

Die westdeutsche Regierung, die bürgerlichen Parteien und Zeitungen haben große



Zwangsadoptiert

...bald auch bei uns?

Tod dem Faschismus!

... SCHAFFT ROTE HILFE!

Die Rote Hilfe betreut politische Gefangene

Durch vorbildliche Arbeit Freispruch erkämpft

Am 2. Dezember fand in Kassel ein Prozeß gegen 3 junge Arbeiter statt, die sich am 31. August 1974 an einer Aktion gegen einen Propagandastand der NPD-Nazis beteiligt hatten. Sie waren angeklagt wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt“ und „öffentlicher Beleidigung von Polizeibeamten“. Die Genossen erkämpften einen Freispruch. Dies ist sicherlich auch ein Erfolg der guten Arbeit, die die RHD-Ortsgruppe in Kassel über Monate hinweg zu diesem Prozeß leistete.

Eine breite Öffentlichkeit herstellen!

Von Anfang an machten die Genossen eine breite Aufklärungsarbeit in den Stadtteilen und auch vor dem Betrieb, in dem der eine angeklagte Genosse arbeitet. In der Innenstadt machten sie Stände. Sie ließen sich dabei auch nicht von den Unterdrückungsmaßnahmen der Bourgeoisie einschüchtern. Als sie vor dem Betrieb des einen Genossen verteilten, kam sofort die Polizei und wollte das Verteilen unterbinden. Sie logen frech, das Verteilen der Flugblätter sei genehmigungspflichtig. Die Genossen verteilten aber trotzdem weiter, die Polizei mußte unverrichteter Dinge wieder abziehen, stellte aber Anzeige gegen die Verteiler.

Solidarität der Kollegen

Wie wichtig diese Informationsarbeit war, das zeigte der Bericht des Genossen aus dem Betrieb nach der Verteilaktion: »Als ich in den Betrieb kam, sprachen mich schon im Umkleideraum einige Kollegen auf das Flugblatt an. Ich hatte schon vorher von meinem Prozeß erzählt und sie fragten, ob ich der vom Flugblatt wäre. Das verbreitete sich dann wie ein Lauffeuer im ganzen Betrieb. Als ich dann in meine Halle kam, standen die zwei Kollegen, mit denen ich zusammenarbeite, und diskutierten über das Flugblatt. Im Laufe des Tages kamen immer wieder Kollegen zu mir, um über das Flugblatt zu diskutieren. Gearbeitet habe ich fast gar nicht. Zeitweise standen wir in ganzen Gruppen zusammen und

diskutierten heftig. Auch als ich durch die anderen Hallen ging, wurde ich immer wieder auf das Flugblatt angesprochen. (...) Dann konnte ich die große Solidarität kennenlernen, die die Kollegen übten. Einer fragte mich, ob wir nicht für den Prozeß sammeln würden und gab mir 2 DM. Daraufhin ging ich dann im Betrieb rum und sammelte weitere Spenden von insgesamt noch 10 DM für die RHD zur Unterstützung der Prozeßführung und am nächsten Tag kamen nochmals 4 DM zusammen. Die Diskussionen dauerten die ganze Woche an. Ich war wirklich überrascht, wie groß die Solidarität war, denn ich arbeite erst ein Jahr in dem Betrieb. Stützen wir uns auf diese Solidarität. Organisieren wir sie in der RHD!

Gezielte Sammelaktionen

Die Genossen druckten Spendenbons und verkauften sie bei Hausbesuchen und auf Veranstaltungen für 50 Pfennig. Sie führten eine Haussammlung im Arbeiterviertel durch für einen Flohmarkt und organisierten so weitere 120 DM. Insgesamt sammelten die Genossen über 500 DM für diesen Prozeß.

Die Gerichtsverhandlung zum Tribunal machen!

Dank der guten Vorbereitung war der Gerichtssaal am Prozeßtag voll. Rund 50 Genossen und Freunde waren erschienen und zeigten so ihre Solidarität. Die angeklagten Genossen machten von Anfang an deutlich, daß nicht sie, sondern vielmehr dieses Gericht und die herrschende Klasse,

der die Justiz dient, auf die Anklagebank gehört. Mit Unterstützung ihrer Anwälte entlarvten sie die Anklageschrift als erstunken und erlogen, durch die sie wie gewöhnliche Rowdies und Kriminelle abgeurteilt werden sollten. Das Gericht konnte sich bei seiner Anklage nur auf die von vorn bis hinten widersprüchlichen Aussagen von drei als Schläger bekannten Polizeizeugen und zweier übler Faschisten der NPD stützen, während die Zeugen der Verteidigung übereinstimmend die Beschuldigungen der Staatsanwaltschaft widerlegten. Alle Versuche des Gerichts, die Ungereimtheiten ihrer Zeugen zu vertuschen und selbst hundertprozentige Falschaussagen eines der Nazis abzusegnen, wurden durch den mutigen und hartnäckigen Kampf der Genossen zum Scheitern gebracht. So wurde das Gericht schließlich (unter dem Jubel der Zuschauer) gezwungen, den Freispruch zu verkünden! Gleichzeitig machte jedoch in der Urteilsbegründung die uneingeschränkte Rechtfertigung des damaligen Polizeieinsatzes deutlich, daß der Bourgeoisie zur Unterdrückung der Kommunisten jedes Mittel recht ist und hier nur durch die große Solidarität mit den Genossen ein Freispruch erzielt wurde.

Terrorurteil gegen die Rote Hilfe



Michael bei einer Demonstration

Am Morgen des Prozesses stand an einer Mauer gegenüber dem Amtsgericht eine Parole: Freispruch für Michael Banos — ROTE HILFE DEUTSCHLANDS. Dies nahm das Gericht zum Vorwand, um von sämtlichen Zuschauern die Ausweise einzusammeln. Diese Maßnahme war allerdings schon vorher vom Innenminister von Nordrhein-Westfalen für diesen Prozeß angeordnet worden zur Einschüchterung der Öffentlichkeit. Denn die fürchtet die bürgerliche Klassenjustiz bei Prozessen gegen Revolutionäre sehr.

Dazu hatte sie auch allen Grund. Alle Beweisanträge des Genossen Michael und seines Verteidigers wurden abgelehnt. Der Richter sagte dazu: „Die Tatsachen interessieren hier nicht, selbst wenn es so gewesen wäre, sind solche Werturteile strafbar.“ Auch in anderer Hinsicht nahm das Gericht die Tatsachen nicht so genau: Es ersparte sich den Nachweis, daß die Flugblätter überhaupt verbreitet worden sind. Stattdessen war es für den Richter strafverschärfend, daß die Flugblätter eine hohe Auflage gehabt hätten. Das ist es also, was sie so nervös macht an der Arbeit der Roten Hilfe, daß viele ihre Flugblätter lesen und zur Solidarität bereit sind.

Noch während des Prozesses führte die RHD zusammen mit der KPD/ML in der Dortmunder Innenstadt Kundgebungen durch. Auf einem schnell angefertigten Flugblatt wurde die Bevölkerung über die Schikanen gegen die Zuschauer informiert. Das Urteil: 7 Monate Gefängnis auf 3 Jahre Bewährung und 900 DM Geldstrafe ist eindeutig ein Terrorurteil. Michael wird in die Berufung gehen, der Kampf gegen diesen Angriff auf die Rote Hilfe-Arbeit wird weitergehen. Noch am Abend des Prozeßtages wurden auf einer Veranstaltung der RHD 105 Mark für Michael gesammelt.

3 Wochen Jugendarrest

Am 10. 12. fand in Buxtehude eine Veranstaltung unter dem Motto „Freispruch für Walter!“ statt. Genosse Walter war angeklagt, weil er im letzten Jahr einem Nazi einen Fausthieb versetzt hatte, nachdem dieser einen Genossen mit einem Schlüsselbund, einen anderen mit der Faust traktiert hatte. Zur Veranstaltung kamen ca. 30 Freunde und Genossen der RHD und der ROTEN GARDE. Genossen aus Cuxhaven hatten eine Grußadresse vermittelt. Um Geld für den Prozeß zusammenzubekommen, wurde eine gemeinsame Bücherkiste der Roten Garde und der RHD für 125 DM versteigert.

Am nächsten Morgen hatte Genosse Walter den Prozeß, am Gericht prangte eine Parole, die restlichen Flugblätter der letzten Woche wurden verteilt. Der Saal mit ca. 50 Plätzen war mit Genossen und Freunden ausgefüllt. Das Terrorurteil des anfangs liberal auftretenden Richters lautete auf drei Wochen Jugendarrest. „Es handelt sich hier um keine Strafe, sondern um eine Zuchtmaßnahme“, sagte der Richter.

Alles, aber einfach alles sprach gegen den Nazi. Genosse Walter geht in Berufung. Die Zuschauer waren teilweise regelrecht erschüttert über eine dermaßen Ungerechtigkeit und sahen dieses Urteil auch als Gesinnungsurteil an.



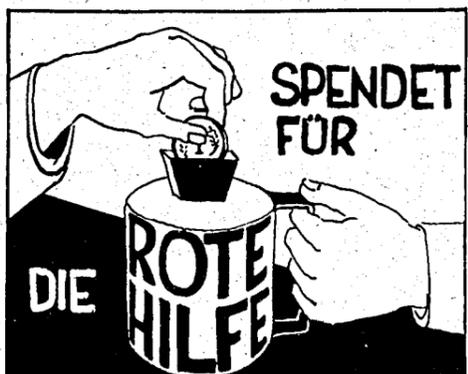
Der Spendenbon der Kasseler Genossen

SPENDEN

Spenden ohne besonderen Verwendungszweck: Genossen des KBW aus Norden 5 DM — OG Bochum 473 DM — OG Kassel 76,75 DM — LV Südwest 150 DM — OG Mannheim 8 DM — OG Freiburg 12,60 DM und 5,50 DM — OG Aachen 76,87 DM — Unbekannt aus Bremen 500 DM. Zusammen: 1298,72 DM.

Spenden mit Verwendungszweck
Für die FRAP: OG Bochum 32,14 — OG Hamburg 175,26 — Westberlin 86, — OG Stuttgart 4,70 und 182,94 — OG Lübeck 44,80 — OG Kassel 23,95 — OG Marburg 85, — OG Darmstadt 41,20 — OG Gießen 127,67 und 2,56 — OG Kiel 400, — Stadtgruppe Rauch-Haus 81, — OG Freiburg 38,05.
Für die Kämpfer des RAKT: OG Bremen 4, — OG Hamburg 68,19 — OG Kassel 4, — OG Marburg 52,10 — OG Mannheim 5, — OG Gießen 8, — Kiel 15, — OG Freiburg 5, —
Für den Prozeßfonds: OG Bremen 4, — OG Hamburg 6,50 — OG Kassel 8, — OG Mannheim 8, — OG Gießen 6, — OG Aachen 20, —
Für Routhier-Prozesse: OG Hamburg 2, — OG Kassel 1, — OG Mannheim 5, — OG Gießen 2, —
Für Sascha: OG Hamburg 1, —
Zusammen: 1550,06 DM. SUMME: 2848,78 DM.

Spendenkonto der RHD: Stadtparkasse Gelsenkirchen, Nr. 122 001 729, Held.



Dieser Strafbefehl belief sich auf 1800,--, und als Lehrling fällt sowas natürlich schwer. Aber durch die Solidarität der Genossen wurde in kurzer Zeit ca. 250,-- gesammelt, und auch mit Lebensmitteln wurde ich unterstützt. Diese eigene Erfahrung war mir ein Ansporn, selbst noch besser für die Entwicklung der Rote Hilfe-Arbeit zu sorgen!

Rot Front! Ein Roter Helfer.

RESOLUTIONEN

Folgende Resolutionen erreichten uns:
Resolution gegen das geplante Gesetz „gegen die Befürwortung von Gewalt“, verabschiedet vom Stammtisch der RHD Kassel am 28. 11., sowie auf einer Veranstaltung der KPD/ML in Kassel am 7. 12. 75; Resolution des Arbeiterkomitees Klöckner „Weg mit dem 13. Strafrechtsänderungsgesetz!“, Solidaritätsresolution an Martin Peleikis von der Mitgliederversammlung der RHD Eimsbüttel (Hamburg); Solidaritätsresolution an die in Köln inhaftierten türkischen Patrioten vom Stammtisch der RHD in Frankfurt; auf diesem Stammtisch wurden 55,10 DM für die Genossen gesammelt; ebenfalls an die türkischen Patrioten von einer Veranstaltung der KPD/ML in Bielefeld; Solidaritätsresolution mit dem Genossen Horst Mahler, verabschiedet vom Stammtisch der Ortsgruppe Kassel; Solidaritätsresolution mit den beiden immer noch inhaftierten KBW-Genossen D. Hildebrand und J. Noth von einer Veranstaltung des KBW in Nordenham.

Dokumentation der Ortsgruppe München: SOFORT EINEN DEUTSCHEN PASS FÜR SASCHA!

Aus dem Inhalt:
Sascha — ein deutscher Kommunist
Persönliche Erklärung Sascha Haschemis
Sascha — Kämpfer des Roten Antikriegstages
Nieder mit der bürgerlichen Klassenjustiz!
Nieder mit den reaktionären Ausländergesetzen!
Faschismus im Iran
Die RHD an Saschas Seite
Ca. 30 Seiten, 1,50 DM.



Leserbriefe

Liebe Genossen!

Der Vater eines Genossen schenkte uns vor kurzem einen großen Karton Äpfel aus eigener Ernte. Die verkaufen wir jetzt an Freunde und Bekannte für 50 Pfg. das Stück. Der Erlös des Äpfelverkaufs ist für unseren Genossen Sascha bestimmt. Es kamen bislang schon 34 DM zusammen. Außerdem werden die Mitglieder unserer Ortsgruppe jetzt alle zum Blutspende gehen. Pro Blutspende gibt es hier 40 DM, und man darf alle 2 Monate spenden. Rechnet man also pro Jahr 6mal Blutspende von einem Roten Helfer, so sind das schon 240 DM. Bei 10 Genossen bereits 2400 DM. Ich glaube, das ist eine gute Idee, Spenden für die RHD zu bekommen.

Rot Front!

Eine Genossin der Ortsgruppe Stuttgart.

Liebe Genossen!

Mitte des Jahres war ich mit der Bezahlung eines Strafbefehls in Schwierigkeiten geraten, den ich im Anschluß an einen Prozeß wegen „Sachbeschädigung“ und „gefährlicher Körperverletzung“ erhielt. (Ich hatte bei einer Demonstration einem Polizeispitzel die Kamera zertrümmert, als dieser ausländische Genossen fotografieren wollte).

So wurde Saschas Paß erkämpft

Einen großen Anteil an dem Sieg im Kampf für Saschas Einbürgerung hatte die Ortsgruppe München der RHD.

Über 20000 Unterschriften wurden für Sascha gesammelt. Davon allein in München über 7000. 1 1/2 Jahre lang führte die Rote Hilfe wöchentlich einen Sascha-Stammtisch durch. Mehrere Demonstrationen wurden durchgeführt zusammen mit anderen revolutionären Organisationen. Eine Dokumentation wurde gemacht.

Mit mutigen Aktionen wurde das Schweigen der bürgerlichen Presse durchbrochen. Am Langen Peter in der Münchner Innenstadt befestigten die Genossen ein Transparent. Als es abgemacht wurde, hing es ein paar Tage später erneut dran.



Diese Aktion wurde mit Kindern durchgeführt. Die Bahnpolizei schaute erst freundlich zu, weil sie glaubte, die Kinder mit den Ballons kämen von einem Fest. Wie dumm müssen ihre Gesichter ausgesehen haben, als dann plötzlich das Transparent mit den Ballons in die Höhe stieg.



Selbst über Rundfunk wurde die Forderung nach Saschas Einbürgerung verbreitet. Plötzlich wurden die 19 Uhr-Nachrichten von einer Stimme übertönt: „Hier spricht die KPD/ML und die RHD: Sofort einen deutschen Paß für Sascha!“ Über den Kampf für Saschas Einbürgerung drehte die Ortsgruppe einen Film, der jetzt der RHD als ausgezeichnetes Propagandamittel zur Verfügung steht. Mit Recht kann man sagen: Die Genossen in München haben sich wirklich was einfallen lassen.

Der Höhepunkt war eine Feier von rund 180 Menschen in München, unter ihnen auch die Mutter von Sascha, bei der die Polizei zwei Tage zuvor eine Hausdurchsuchung vorgenommen hatte, um Sascha zu finden. Auf dieser Veranstaltung tauchte Sascha nach fast 2jähriger Illegalität wieder auf. Er wurde begeistert empfangen und bedankte sich bei allen, die für seine Einbürgerung gekämpft haben. Er drückte auch seine Freude über das Erstarben der Roten Hilfe aus. Auf dieser Veranstaltung wurden noch mal 700 DM gesammelt.



Unser Bild zeigt Sascha zusammen mit dem gerade aus der Haft entlassenen Peter Bayer (rechts) und Genossen Heinz Baron auf der Veranstaltung. Jetzt geht der Kampf weiter für Saschas Freilassung, für die Freiheit aller Kämpfer des Roten Antikriegstages.

SOLIDARITÄT HILFT SIEGEN!

Aus der Arbeit der Roten Hilfe

'Sie haben Heinz abgeholt...'

Freigekämpft

Kurz nach 6 Uhr morgens läutet das Telefon. Es ist Donnerstag vor Weihnachten in Dortmund. „Heinz ist eben abgeholt worden“, höre ich aus der Muschel.

Ich erkenne die Genossin an der Stimme, während sie weiterredet. Sofort gehe ich Genossen Bescheid sagen, die nur ein paar Ecken weiter wohnen. Es ist eklig durchdringend feucht-kalt auf der Straße. Gerade jetzt müssen sie Heinz holen, kurz vor Weihnachten, das feige Pack. Wie ich in Heinz' Wohnung ankomme, ist eben schon ein anderer Genosse da. Was unmittelbar geschehen muß, ist schnell besprochen. Man war ja auf den Vorgang vorbereitet. Heinz' Frau bemüht sich, ruhig zu bleiben. Es gelingt ihr zwischen der Wut über das schweinsche, auf Überrumpelung angelegte Abholungsritual und dem unausweichlichen Schmerz, von Heinz getrennt zu sein und ihn im Knast zu wissen.

Heinz war an diesem Morgen schon auf, eben fertig, um Flugblätter verteilen zu gehen für die Frühschicht. Bei Hoesch steht wieder Kurzarbeit bevor. Es klingelt und zwei Polizisten stehen im Flur, Heinz soll mitkommen. Einer der beiden tritt geduckt, die Fäuste tief in den Taschen der Jacke, in die Schlafzimmertür. Als Heinz' Frau Christiane aus dem Schlaf hochschreckt, zuckt er zusammen und geht in Schutzposition, die Fäuste immer noch in den Taschen.

Die Gestalten sind so schnell wieder draußen, wie sie kamen. Mit ihnen ist Heinz weg und die fertig gepackte Tasche neben der Tür. Heinz' Frau erfährt nicht mal von ihnen, wo sie ihn hinbrachten.

Christiane kommt mit mir und wir frühstücken zusammen, hören die neue Platte von Faura mit revolutionären Liedern aus Spanien. Das tut gut, bevor sich die eine

zum Rechtsanwalt, der andere zur Arbeit aufmacht. Die Bourgeoisie wird nicht nur dafür zu bezahlen haben, daß Christiane an diesem Donnerstag allein losgehen muß, um ein paar Weihnachtsgeschenke zu besorgen. Sie hätte das so gern zusammen mit Heinz gemacht, sagt sie nur ganz kurz.

Die ROTE HILFE wendet sich an die Nachbarn

In der Woche vor der Verhaftung hatte die RHD in der Nachbarschaft und vor Hoesch ein Flugblatt verteilt mit einem Brief von Heinz an seine Nachbarn. Außerdem waren Wandzeitungen gemacht worden, eine Parole wurde gemalt. Am Tag nach der Verhaftung wurden 17 DM in den Häusern gesammelt. Die meisten Nachbarn waren inzwischen gut informiert. Aus Empörung spendete mancher 1 oder 2 Mark in die Büchse. Eine Frau sagte: „Das ist richtig, was ihr macht, laßt euch nicht einschüchtern, weiter so!“

Wir werden jetzt bald ein Radio für Heinz anschaffen, das Geld dafür haben wir schon in den letzten Monaten gesammelt. Unser Ziel ist es, Genossen Heinz für die ganze Zeit der Haft die Gewißheit zu geben, daß er nicht allein steht, ihn möglichst gut zu betreuen und für seine baldige Freilassung zu kämpfen.

**SCHREIBT DEM GENOSSEN!
FREIHEIT FÜR HEINZ BARON UND
ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!**

Ortsgruppe Dortmund.

Den folgenden Brief schickte uns Genosse Bernd Reisser, Mitglied der Zentralen Leitung der RHD, anlässlich der erkämpften

Einbürgerung von Sascha Haschemi aus dem Gefängnis:

An die RHD,
an alle Freunde,
Kollegen, Genossen!

Meinen herzlichsten und schönsten Glückwunsch zu diesem großartigen Erfolg mit Saschas Einbürgerung. Heute erfuhre ich es durch einen Brief. Mir war, als wollte mein Herz zerspringen, Freude und Glück haben mir die Knie zittern gemacht. Noch jetzt kann ich kaum die Feder halten. Ich hoffe nur, daß Euch dieser Brief erreicht.

Ich freue mich mit der RHD und allen, die geholfen haben, ob wenig oder viel, für das Erreichte. Gerade für unsere Organisation bedeutet dieser Sieg sehr viel. Mit Stolz

können wir sagen: diese Runde ging an uns. Was wir jetzt daraus machen, liegt in unseren Händen. Dieser Sieg muß Ansporn sein, uns zu neuen Taten treiben. Vergessen wir aber nicht, daß Sascha noch nicht endgültig aus der Gefahrenzone ist. Also nicht siegestaumelnd werden, sondern zur Wachsamkeit gewappnet.

Dem Sascha sagt meine besten Grüße. Ich hoffe, ihn bald sehen zu können. Umarmt ihn für mich!

Mit revolutionärem Gruß, Rot Front!

Weite so!

Bernd Michael.

Liebe Genossen!

Ich möchte Euch berichten, wie die RHD mit der KPD/ML mich freikämpfte.

(Der Genosse war verhaftet worden, weil er angeblich einen Reaktionär des „Bayernkurier“ angegriffen hätte. Er wurde widerrechtlich 17 Tage lang in Haft gehalten, da der zuständige Richter „abwesend“ war — Anmerkung der Redaktion).

Am 8. 10. 75 wurde ich verhaftet. Am 11. 10., drei Tage später, entfaltete die RHD und Partei große Aktivitäten in der ganzen Stadt und in den Wohngebieten, in denen wir ständig arbeiten. Hierzu war ein gemeinsames Flugblatt erstellt worden und in hoher Auflage wurde es verteilt. Unterschriften und Arbeitergroschen wurden als Beitrag im Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz gesammelt. Obwohl die Gefängnismauern Tag und Nacht von Polizisten mit Maschinenpistolen bewacht werden, verstanden es die Genossen, ohne sich erwischen zu lassen, eine riesige, wohl 15 Meter lange Parole anzubringen: „Freiheit für Ewald K' Freiheit für alle politischen Gefangenen!“

Das war ein Schlag mitten in das Gesicht der Klassenjustiz. Hatten mir die Schläger der Kripo und Gefängniswärter in den ersten Tagen noch gedroht: „Halt's Maul und mach' keine Faxen, sonst kräht kein Hahn mehr nach dir!“, so änderte sich ihr Benehmen schlagartig, als sie merkten, daß ich nicht allein stand. Fast täglich kam der Rechtsanwalt, und Genossen besuchten mich in regelmäßigen Abständen. Als der zuständige Richter selbst dem Rechtsanwalt praktisch für eine Woche Besuchssperre gab, konnte er bald nicht mehr schlafen, denn er wurde ständig mit Telefonanrufen bombardiert. Was nützte ihm da seine Geheimnummer, die er hatte, die Genossen waren auf Draht! Meine Inhaftierung war vollkommen unrechtmäßig. Wäre ich allein gewesen, ich säße heute noch im Knast. Aber dank der Klassenmacht der Solidarität war ich nach 17 Tagen freigekämpft.

**VORWÄRTS MIT DER ROTEN HILFE
DEUTSCHLANDS! FREIHEIT FÜR ALLE
KÄMPFER DES ROTEN ANTI-
KRIEGSTAGS! FREIHEIT FÜR ALLE
POLITISCHEN GEFANGENEN!**

Euer Ewald K.



Scherenschnitt von Hubert Lehmann

ADRESSEN

Heinz Baron, 44 Münster, Gartenstr. 21, JVA. Hubert Lehmann, 889 Aichach, Münchner Str. 33. Bernd Reisser, 8602 Ebrach, JVA.

Hans-Georg Schmidt, 6110 Dieburg, Altstadt 25. Alexander Haschemi, 8 München, JVA Stadelheim.

Gerd Jacobs, 5308 Rheinbach, Aachener Str. 47. Ulrich Luther, 6308 Butzbach, Kleeberger Str. 23. Peter Andrehs, ebenfalls Butzbach.

Ömer Özerturgut, Mustafa Tutgun, Hatice Yourtas, Baha Targün, 5 Köln, Rochusstr., JVA. Horst Mahler, 1 Berlin 27, Seidelstr. 39, JVA Tegel.

Von den Genossen des KWB, die aufgrund ihrer Teilnahme an einer antiimperialistischen Demonstration verurteilt wurden, sind noch in Haft:

D. Hildebrand, 71 Heilbronn, SVA. J. Noth, 7407 Rottenburg, SVA.

Heraus mit dem Genossen aus der Isolierzelle!

Am 11. Dezember verlegte die Gefängnisleitung in Butzbach den Gefangenen Peter Andrehs in die Sonder-Isolierzelle (genannt „Käfig“). Die haltlose Begründung lautete: „erhöhte Fluchtgefahr“. Er selbst vermutet einen Zusammenhang mit der Polizeiaktion gegen den Frankfurter „Gefangenerrat“, zu dem er Kontakt hatte.

Die Rote Hilfe kennt Peter Andrehs als einen fortschrittlichen Gefangenen, der sich sehr solidarisch gegenüber den politischen Gefangenen verhält. So tippte er, als Genosse Schorsch Schmidt den „Roten Morgen“, Zentralorgan der KPD/ML, nicht erhielt, seitenweise Artikel daraus für Schorsch ab und schickte sie ihm. Auch mit anderen Genossen vom Roten Antikriegstag steht er im Briefkontakt. Kürzlich verfaßte er zusammen mit 9 anderen Butz-

bacher Gefangenen eine Protestresolution gegen das drohende Berufsverbot von Marianne Schmidt. Sein Versuch, gemeinsam mit Ulrich Luther und weiteren Gefangenen einen marxistisch-leninistischen Arbeitskreis einzurichten, scheiterte an dem Verbot der Gefängnisleitung.

**SOFORTIGE RÜCKVERLEGUNG VON
PETER ANDREHS AUS DEM „KÄFIG“!**

Schreibt an: Peter Andrehs, 6308 Butzbach, Kleeberger Str. 23.

Ein Jahr Rote Hilfe Deutschlands

Vor einem Jahr, am 26. 1. 1975, wurde die Rote Hilfe Deutschlands gegründet. Unser Vorbild ist die RHD der 20er und 30er Jahre. Sie trug Millionen Mark von Arbeitergroßen zusammen, erkämpfte zwei Amnestien für die politischen Gefangenen und hatte über 200 000 Mitglieder. Bis in die Zeiten des Faschismus organisierte sie die Solidarität.

Die Anfänge der heutigen RHD

Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre verschärfte die Bourgeoisie in unserem Land die politische Unterdrückung. Das war ihre Antwort auf das Anwachsen des revolutionären Klassenkampfes. In vielen Städten entstanden damals spontan Rote Hilfe-Gruppen. Trotz vieler Unklarheiten und auch falscher Vorstellungen übten sie wirkungsvolle Solidarität mit den verfolgten Revolutionären. Sie kämpften vor allem gegen die Isolationsfolter und die Verfolgung



Die Bourgeoisie verschärfte ihren Terror. Rote Hilfe tat Not. Unsere Bilder zeigen: Verbotene Anti-Breschnew-Demonstration 1973 in Dortmund und den Mord an Thomas Weisbecker.



durch die bürgerliche Klassenjustiz. Bald wuchs in den Gruppen die Erkenntnis, daß lose organisierte Hilfsvereinigungen nicht in der Lage sind, den gewaltigen Anforderungen der Solidarität nachzukommen. Sie organisierten daher ab 1973 regionale und bundesweite Konferenzen.

Viele Rote Hilfe-Gruppen und Rote Helfer kämpften dafür, eine Massenorganisation der Solidarität zu schaffen. Das Ergebnis war Ostern 1974 die Bochumer Konferenz. Dort wurde beschlossen, auf die Wiedergründung der RHD hinzuwirken, ein Entwurf für einen Programmatischen Aufruf wurde beschlossen und eine Provisorische Zentrale Leitung gewählt, die auch die Zeitung „rote hilfe“ herausgab. Vorher hatte man sich von einigen Feinden der Roten Hilfe getrennt, die den Kommunisten die Solidarität verweigerten und dafür eintraten, daß die Genossen der KPD/ML aus der Roten Hilfe ausgeschlossen werden.

In den darauffolgenden Monaten wurden bundesweit 2 große Kampagnen durchgeführt. Neue Gruppen schlossen sich an und sie kämpften dafür, alle Rote Hilfe-Initiativen für die Wiedergründung der RHD zu gewinnen. Im Januar 1975 war es dann soweit. 50 Delegierte von 25 Rote Hilfe-Gruppen gründeten die RHD wieder, beschlossen das Programm und Statut und wählten die Zentrale Leitung.

Die Spaltung der Roten Hilfe

Viele Freunde und Genossen fragen, warum gibt es dann aber heute neben der RHD noch eine Rote Hilfe, die RH e. V.? Wir brauchen doch eine und nicht 2 oder 3 Rote Hilfen, denn nur die Einigkeit macht stark. Im Herbst 1973 weigerte sich das damalige Rote Hilfe-Komitee Westberlin als einzige von ca. 20 Gruppen, mit den anderen örtlichen Gruppen über die Aufgaben der Roten Hilfe zu diskutieren mit dem Ziel, eine starke Rote Hilfe im ganzen Land zu schaffen. Stattdessen gründeten sie die RH e. V. und erhoben den Anspruch, die nationale Organisation zu sein. Die anderen Gruppen sollten sich ihr anschließen. Das bedeutete die SPALTUNG DER ROTE HILFE-BEWEGUNG.

Natürlich sind die D, K, P-Verräter die hauptsächlichsten Spalter der Bewegung, denn als Handlanger der herrschenden Klasse denunzieren sie und arbeiten mit Polizei und Justiz zusammen. Sie versuchen die Solidaritätsfront zu zerstören, indem sie behaupten, der Kampf der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker sei schuld am Terror der Bourgeoisie.

Aber für die Spaltung der derzeitigen Rote Hilfe-Bewegung ist die RH e. V. verantwortlich. Sie rechtfertigt die Spaltung damit, daß Meinungsverschiedenheiten eine Zusammenarbeit und Mitarbeit unmöglich machten (siehe die Nr. 1 der Zeitung „Rote Hilfe“ der RH e. V. vom Herbst 73, S. 20/21). In Wirklichkeit wollten sie aber un-

bedingt ihre eigene Rote Hilfe gründen, deshalb scheuten sie die Mitarbeit. In ihrer Arroganz lehnten die Gründer der RH e. V. die Diskussion um das Programm der Roten Hilfe ab, zogen ihr eigenes aus der Tasche und priesen es in den höchsten Tönen an. Heute allerdings ist bereits das 2. dieser Programme der RH e. V. in der Versenkung verschwunden.

Folgt man der Logik der Gründer der RH e. V., dann müßte man bei jeder ersten Meinungsverschiedenheit innerhalb einer revolutionären Organisation daran gehen, einen neuen Verein zu schaffen. Dann hätten wir heute nicht 2, sondern 20 Rote Hilfen.

Die RHD ist nach wie vor für die Einheit in einer Roten Hilfe auf der Grundlage der ehrlichen Selbstkritik und der Prinzipien der Roten Hilfe. Wir wollen den gemeinsamen Kampf gegen die politische Unterdrückung.

Das faschistische Schah-Regime, an dessen Händen bereits das Blut vieler Revolutionäre und Patrioten klebt, hat erneut 10 Todesurteile ausgesprochen. Wie die CISNU, Organisation iranischer Studenten, mitteilt, verurteilte das Teheraner Militärgericht am 30. 12. in Geheimsitz 10 iranische Patrioten, darunter eine Frau, zum Tode. Rettet ihr Leben! Beteiligt Euch an den Protestaktionen!

Was haben wir im letzten Jahr erreicht?

Im letzten Jahr hat sich unsere Mitgliederzahl fast verdoppelt. Es bestehen inzwischen 30 organisierte Ortsgruppen. Über 100 000 DM an Spenden und Beiträgen haben wir zusammengetragen. Unsere Zei-

tung „Rote Hilfe“ erscheint monatlich. Wir haben den Paß für Sascha miterkämpft und die Solidarität mit den politischen Gefangenen organisiert. Zahlreiche Kämpfer, die vor den Schranken der bürgerlichen Klassenjustiz standen, erhielten moralische, juristische und finanzielle Hilfe. Unsere Solidarität galt den ausländischen Kollegen und Genossen, so den Streikenden von Dynamit Nobel und den inhaftierten türkischen Patrioten in Köln. Am 1. Mai und am Roten Antikriegstag reihte sich die RHD ein in die Roten Demonstrationen für die Befreiung der Arbeiterklasse und gegen die drohende Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges. Sie klärte auf über den faschistischen Charakter der ehemals sozialistischen DDR und Sowjetunion und rief auf zur Solidarität mit unseren verfolgten Klassenbrüdern in der DDR. Wir stehen fest an der Seite des Kampfes der unterdrückten Völker und Nationen, wir sammeln Spenden für Indochina, Medikamente für Oman und 5000 DM für den Kampf der spanischen Völker. Die RHD reihte sich ein in die Demonstrationen gegen das 13. Strafrechtsänderungsgesetz.

Wie muß es weitergehen?

Unsere wichtigste Aufgabe wird es sein, breit neue Mitglieder zu werben und umfassende Spendensammlungen zu machen. Hier ist unsere bisherige Arbeit noch sehr unzulänglich. Unsere Erfahrungen bei Straßen- und Haussammlungen zeigen, wie groß die Bereitschaft zu spenden ist. Wir nutzen längst nicht alle Möglichkeiten aus. Das gilt z. B. auch für unsere Mitgliederwerbung und Sammeltätigkeit unter Nachbarn, Kollegen, Freunden und Verwandten. Vergleichen wir z. B. die gesammelten Gelder mit den bereits verhängten Geldstrafen, dann sehen wir auf einen Blick, wie groß die Aufgaben sind, die vor uns stehen. Unser Geld, unsere Arbeit reichen noch längst nicht aus, um jedem verfolgten Kollegen und Genossen die Sorge um seine Familie, seine Kinder zu nehmen, ihm die Gewißheit zu geben, daß er nicht allein steht. Je mehr Menschen die Rote Hilfe aber diese Gewißheit geben kann, umso mehr werden bereit sein, sich aktiv einzureihen in die Front, die für den Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung und die Errichtung des Sozialismus kämpft. Deshalb: Verstärken wir vor allem die praktische Solidarität!

Jedem Kollegen, Freund und Genossen rufen wir zu: Die RHD braucht viele, sehr viele Mitglieder, die durch ihren monatlichen Beitrag ihre verfolgten Klassenbrüder unterstützen. Denn woher sonst sollen die riesigen benötigten Geldsummen kommen? Deshalb:

WERDET MITGLIED DER RHD! MACHT DIE ROTE HILFE STARK! VORWÄRTS MIT DER ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS!

Abonniert die Zeitung der Roten Hilfe Deutschlands



Abonnementspreis für 1 Jahr:
Einzelabo: 10 DM (einschl. Porto)
Ab 5 Stück : 6 DM je Abo, zuzüglich Porto

Bestellt das Programm und Statut der RHD
Bestellungen an:
RHD
46 Dortmund
Dorstfelder Hellweg 22

Ich bestelle:

A) Probenummer B) Abonnement ab Nr. ...

Ich möchte Informationsmaterial Ich möchte besucht werden

Ich möchte Mitglied der RHD werden

Name, Vorname

Beruf

Postleitzahl/Ort

Straße

Datum Unterschrift

Impressum

Herausgeber:
Zentrale Leitung der Roten Hilfe Deutschlands

Selbstverlag
Verantwortlicher Redakteur Dieter Kwoll
Druck: Alpha-Druck GmbH-Dortmund
Redaktion und Vertrieb Büro der RHD
46 Dortmund, Dorstfelder Hellweg 22

Kontaktadressen

Bremen: Kontakt über Albanienzentrum, Waller Heerstr. 70, Mi 17-19 Uhr.
Bochum: Stammtisch jeden Sonntag, 18 Uhr, Bochum-Langendreer, Gaststätte „Koke“, Ecke Wittenberg/Wartburgstraße.
Buxtehude: Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.30 Uhr, in der „Kogge“, Bahnhofstraße.
Dortmund: Büro Dorstfelder Hellweg 22, Mi 17-19, Sa 11-13 Uhr.
Gießen: Stammtisch jeden 2. Freitag, 19.30 Uhr, „Stein's Eck“, Steinstr.
Hamburg: Stammtisch jeden 1. Sonntag im Monat, 11 Uhr, Gaststätte „Holsten-Bier“, Ecke Kieler Str./Langenfelder Damm.
Kassel: Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat, 18.30 Uhr im „Kelim“, Bürgermeister-Brunner-Straße.
Kiel: Buchladen J. Hauberg, Gutenbergstr. 46, Mi und Fr 16-18 Uhr.
Mannheim/Ludwigshafen: Gaststätte „Rheintal“, Friedrich-Profit-Straße.
Marburg: Stammtisch jeden 2. Montag, 20 Uhr, Lahnbrücke.
München: Stammtisch jeden Do 19 Uhr, Gaststätte „Keferloher“, Ecke Schleißheimer Str./Frankfurter Ring.
Münster: Stammtisch Sonntags 11 Uhr, „Augustenburg“, Ecke Augusta-str./Friedrich-Ebert-Str.
Recklinghausen: Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat, 19 Uhr, „Haus Fuchs“, Hochlarmarkstraße.
Tübingen: Stammtisch jeden 2. Dienstag, 19 Uhr, „Herzog Ulrich“, Ulrichstraße 11.
Westberlin: Büro: Berlin 65, Reinickendorfer Str. 48, Eingang Gottschedstraße. Öffnungszeiten: Di und Do 17-19, Sa 11-13 Uhr. Tel.: 461 5398.

KONTAKTADRESSEN

Spendenkonto der RHD:
Stadtparkasse Gelsenkirchen
Nr.: 122 001 729, Held